

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 665

Mittwoch, 03. Oktober 2018

25. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	1
Die Transformation des Jimmy – Interview mit ex-Gesundheitsministerin Lucrecia Mack.....	1
Warum die Unternehmensverbände CICIG nicht unterstützen	3
Morales greift CICIG in der UN-Generalversammlung an	4
... und CICIG-Leiter Velásquez und Thelma Aldana erhalten den „Alternativen Nobelpreis“.....	6

Editorial

Jimmy Morales setzt auch nach den vielen Fehlschlägen der letzten Zeit, die ihm diverse Gerichtsurteile der höchsten Gerichte eingebracht haben, weiter auf Konfrontation gegen die CICIG. Er und seine Regierung wollen nicht davon abrücken, den Leiter der CICIG, Iván Velásquez, nicht ins Land zu lassen. Das hat z.B. Vizepräsident Jafeth Cabrera laut La Hora unmissverständlich klargestellt. Derweil haben Tausende Menschen in der Hauptstadt und in vielen Regionen des Landes, z.B. im Ixcán, in Quiché und Quetzaltenango, gegen Morales und für die CICIG demonstriert. Da muss es ein zusätzlicher Schlag für Morales sein, wenn der Right Livelihood Award, auch bekannt als Alternativer Nobelpreis, in diesem Jahr u.a. an Velásquez und die ehemalige Oberstaatsanwältin Thelma Aldana geht. Interessante interne Einblicke in die Person und Regierungsarbeit von Jimmy Morales gibt die ex-Gesundheitsministerin Lucrecia Mack in einem ausführlichen Interview mit Nómada. Es musste stark gekürzt werden, da es sonst alleine die sechs Seiten für eine ¡Fijáte!-Ausgabe ausgefüllt hätte. Über Lucrecia Mack hatten wir zuletzt in Heft 613 berichtet. Aber auch die Argumentation des Präsidenten möchten wir – auch wenn sie mit der Wahrheit oft wenig zu tun hat – der LeserInnenschaft nicht vorenthalten. Wie sollte sonst die Politik irgendwie verständlich werden?

Die Transformation des Jimmy – Interview mit ex-Gesundheitsministerin Lucrecia Mack

Guatemala, 24. September - Lucrecia Hernández Mack war Gesundheitsministerin im Kabinett von Jimmy Morales, aber nur 13 Monate lang. Sie trat im August 2017 zurück, nachdem der Präsident den CICIG-Leiter, Iván Velásquez, zur persona non grata erklärt hatte. In diesem Interview erzählt sie etwas über die Transformation des Präsidenten seit seinem Amtsantritt. Ihre Ausführungen zeichnen einen unausgeglichene, insgesamt schwachen Präsidenten, der von FunktionärInnen, die mit Korruptionsfällen in Verbindung stehen, verführt wurde. (...)

(...) Wann bemerkten Sie eine erste Veränderung der Position des Präsidenten gegenüber CICIG?

Das ursprünglich freundliche Verhältnis zwischen dem Präsidenten und dem Rechnungshof, der Staatsanwaltschaft (MP) und CICIG begann Schritt und Schritt distanzierter zu werden und entwickelte sich zu einer Gegnerschaft. Es begann mit den Ermittlungen gegen seinen Sohn und seinen Bruder. Das führte zu den ersten Brüchen. Aber an diesem Punkt war seine Reaktion ziemlich richtig: er sagte, dass er sich nicht einmischen und nichts dazu sagen werde. Als die Ermittlungen jedoch weitergingen, änderte sich das. Es gab ein berühmtes Interview zwischen ihm und dem Journalisten von Univisión, Jorge Ramos. Da hat er die Anschuldigungen grundlegend zurückgewiesen; er sagte, falsche Rechnungen auszustellen, sei doch völlig normal. Ich glaube von da an wurde er zum Kritiker der CICIG, der Medien und des Justizsystems. (...) Der Fall hatte für seine Familie hohe Relevanz, obwohl die in dem Fall ja gar keine so grosse Rolle gespielt haben. (...) Der Medienhype um seine beiden Familienmitglieder hat die Idee bei Jimmy ausgelöst, dass er politisch verfolgt wird. (...)

Als sein Bruder und Sohn verhaftet wurden und den Prozess eröffneten und in Untersuchungshaft steckten, fühlte man die Spannung. Der Präsident war eine viel reizbarere, verärgerte Person, die laut wurde und Tische umkippte (...)

(...) Wann hat sich die ganze Lage verschlechtert?

Im März 2017 war dieses schreckliche Geschehen im Waisenhaus und da gab es die ersten Demonstrationen gegen ihn. Das hat ihn aus dem Konzept gebracht. Da waren einige Leute, die ihm ganz eng verbunden waren, von Strafverfahren betroffen. Und so kam es, so glaube ich, dass er immer paranoider wurde. Vorher erreichten mich einige Gerüchte, z.B. nach dem einige Abgeordneten der Regierungspartei von dem Präsidenten und Vizepräsidenten meinen Kopf forderten. Da habe ich mich mit ihm zusammengesetzt und ihm gesagt, „Sehen Sie, es sind diese Gerüchte zu mir gedrungen“. Und er sagte, „Ach, Frau Minister, die haben Ihren Kopf seit Ihrem ersten Arbeitstag gefordert“.

(...) Haben Sie an irgendeinem Moment gezweifelt, ob es richtig war, in das Kabinett einzutreten?

Als Arbeitsteam haben wir viele Diskussionen darüber gehabt, weil diese Regierung von einer Partei gestellt wurde, die von sehr konservativen Militärveteranen gegründet wurde, während in meinem Fall, meine Mutter, Myrna Mack, von Angehörige des Militärgeheimdienstes ermordet worden ist und meine Tante, Helen Mack, eine bekannte Menschenrechtsaktivistin ist. Insofern gab es natürlich Zweifel, ob eine Mack in die Regierung einer militärnahen Regierungspartei gehen sollte.

Was hat Ihre Meinung verändert?

Für uns war der Eintritt darum vertretbar, weil wir gedacht haben, dass wir dreieinhalb Jahre haben, um etwas zu beweisen. In unserem Team gab es Leute, die schonmal im Gesundheitsministerium gearbeitet hatten. Wenn Sie etwas über öffentliche Verwaltung lernen wollen, müssen Sie hineingehen, der technische Teil und der politische Teil waren für uns ganz klar. Wir forderten, dass die Gesundheitspolitik einen viel grösseren Stellenwert haben musste als in den vergangenen 25 Jahren.

Haben Sie dem Präsidenten Bedingungen gestellt?

Am Anfang schien es dem Präsidenten egal zu sein, ob jemand politisch links oder rechts steht, wichtig war das Wohl des Landes. Er fragte mich: „Was brauchen Sie?“ Wir stellten ihm drei Bedingungen: dass unser Team zusammenarbeiten kann. Wir wünschten gute Beziehungen zum Finanzminister, um unsere Haushaltstitel zu sichern. Und dass wir nicht irgendwelche Händel treiben oder Leute anstellen müssen, die nicht qualifiziert sind.

Glauben Sie, dass Jimmy Morales diese Veränderungen wollte?

Er hat uns versichert, dass sein einziges Interesse das des Landes sei. (...) Ich hatte ihm gesagt, dass eine vierte Bedingungen sei, dass wir Stabilität bräuchten. In den letzten vier Jahren hat es sieben MinisterInnen gegeben und die MitarbeiterInnen haben gesagt: „Was soll das? Wenn die oberste Hierarchie dauernd wechselt.“ Was wir brauchen, war politische Rückendeckung, um Stabilität wahren zu können. Deshalb mussten wir in einigen Treffen über diese Gerüchte (über unsere Ablösung) reden. (...)

Kommen wir zur Paranoia des Präsidenten zurück. Wie kam es, dass sie nach den Geschehnissen im Hogar Seguro zunahm?

Da gab es diesen schwierigen Moment, als Anahi Keller unter Druck stand. Sie war über viele Jahre hinweg die Produzentin seines Comedy-Fernsehprogramms. Er hat sie auf den Posten im Sekretariat für Soziale Wohlfahrt gesetzt, weil sie in einer evangelikalen Kirche sehr aktiv war und Jugendarbeit machte. Ich denke, dass der Präsident sich umzingelt fühlte und von daher gab es eine grössere Distanzierung. Dann fing diese Gerüchte an, dass es eine Gruppe von Ministerinnen und Ministern gebe, die diesen AkteurInnen wie CICIG, MP, BotschafterInnen oder wem sonst noch, nahe stehen – oder jenen Leuten, die immer auf die Strasse gehen, um für die Rechte der betroffenen (Waisen-)Kinder einzutreten. Es gab das Gerücht, was dazu führte, dass ich mit dem Präsidenten ernsthaft reden musste. Da sagten sie, dass ich die Regierung mit politischen Gruppen infiltrieren wollte, die sich Somos (*wir sind*) oder Bewegung Semilla (Saat) nennen. Ich erinnere mich gerade nicht, ob das eine Bewegung war, die auf dem Weg war, eine Partei zu werden. Sie sagten, dass ich Teil einer Verschwörung der Linken wäre, um einen Staatsstreich von innen herbeizuführen. Diese Botschaft, dass ich ein Wolf im Schafspelz des Präsidenten sei, wurde auch ihm zugetragen und ich hörte es von ihm. (...) Einmal haben wir darüber gesprochen, wie wir 6.000 MitarbeiterInnen für die sieben Departements einstellen könnten, die im Gesundheitsplan die höchste Priorität erhalten hatten. Da sagte er zu uns: „Aha, mit denen wollen Sie ihre politische Plattform organisieren?“. Wir waren echt sprachlos. Aber die haben das immer und immer wieder gesagt, dass wir solche Dinge tun würden.

Gab es denn irgendwelche Anhaltspunkte für diese Gerüchte?

Ich musste einige Gerüchte mit ihm klären. Zum Beispiel gab es einen Spot, der von der Geschäftsführung des neuen Nationalzensus und einigen staatlichen Stellen verabschiedet wurde. Es war eine Kampagne namens „Wir sind, Wir zählen. Wir sind etwas wert. In dem Spot waren Leute zu sehen, die sagten „Wir sind Indigene. Wir sind MestizInnen, Wir sind das Volk. Wir sind vom Land. Wir sind aus der Stadt.“ Da sagten einige Leute aus dem Sekretariat für soziale Kommunikation, der Zensus würde für politische Zwecke missbraucht und dass sie eine Kampagne für die Bewegung „Somos“ machen würden – also nachdem der Spot genehmigt wurde. In diesem Moment wurde ich mit dieser Bewegung „Somos“ identifiziert und das sagten sie dem Präsidenten. Der sagte aber, dass das, was das Sekretariat sagte, nicht wahr sei.

Hat er diese Leute, die solche falschen Gerüchte in die Welt setzten, nicht gefeuert?

Der Präsident sagte meinem Vizeminister, dass er gebeten hatte, dass Ekaterina Parrilla, die Direktorin des Zensus, ausgetauscht werden solle, weil sie Leute von „Somos“ in ihrem Team hätte (...). Mich hat er ebenfalls gebeten, die stellvertretende Koordinatorin für Kommunikation zu entlassen, da sie an den Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Vorfall im Hogar Seguro teilgenommen habe – organisiert von Justicia Ya. (...)

Es gab viele Abgeordnete, die uns los werden wollten, vor allem von der FCN-Nación, aber auch von anderen Parteien. (...) Die Abgeordneten zitierten mich her, versuchten mich zu befragen. Die Dinge, die dann unter den Abgeordneten in den sozialen Netzen kursierten, wurden von PolitikerInnen wie Luis Hernández Azmitia lanciert und bezahlt. Und dann dem Präsidenten gesteckt. Damals fühlten wir uns jedoch geschützt durch die öffentliche Meinung, die auf unserer Seite stand und unsere Arbeit respektierte, weil sie positive Wirkung zeigte. Das führte dazu, dass der Präsident uns nicht entlassen konnte, weil die politischen Kosten zu hoch gewesen wären.

Wann setzte sich bei Ihnen der Gedanke fest, dass es doch besser wäre, zu gehen?

Das war, als er entschied, den Leiter der CICIG, Iván Velásquez, zur persona non grata zu erklären. Da wussten wir, dass wir da nicht weiterarbeiten können. Und diese Entscheidung wurde von unserem Team getroffen. (...) Diese Ankündigung des Präsidenten hat uns überrascht. Im Allgemeinen hat sich der Präsident an die Bedingungen, die wir ihm gesetzt hatten, gehalten (...). Zur selben Zeit, als wir in unserer Arbeit vorankommen zu versuchen, gab es diese Störfeuer durch Abgeordnete und andere – aber wir wollten weitermachen. Dann gab es erste Gerüchte über Ermittlungen gegen den Präsidenten wegen illegaler Wahlkampffinanzierung und wir diskutierten darüber, was zu tun sei, wenn es offiziell werden würde. Sollten wir unter diesen Umständen weitermachen? Was würde passieren? (...)

Unsere Analyse ging dahin, dass wir es mit einem ethischen Widerspruch zu tun hatten. Unsere Prinzipien basierten auf Transparenz in der Führung der Amtsgeschäfte – und da kommt dieser Herr und erklärt genau jenen zu einer persona non grata, der der führende Akteur im Kampf gegen Korruption ist – damit hatte sich dieser Herr auf die Seite der Korruption gestellt. Das ist die eine Seite. Die andere Seite sahen wir, dass politische Bedingungen hergestellt wurden, die es uns unmöglich machten, unsere politische Arbeit zu tun – nämlich die Mafiosi und korrupten Abgeordneten zu bekämpfen. (...).

Wie oft kam es vor, dass der Präsident Minister suchte, die sich reinwaschen mussten?

Was typisch für ihn war ist folgendes: Wenn er eine Pressekonferenz abhielt, rief er alle MinisterInnen zusammen und er rief dann dort den MinisterInnen zu: „Herr Finanzminister, ich weise Sie an, den Haushalt zu sichern.“ (...) „Frau Gesundheitsministerin, ich brauche so und so viele Gesundheitsstationen und Krankenhäuser!“ Das gefiel ihm. „Wie viele asphaltierte Kilometer?“ „So und so viel.“ „Ich weise Sie an, dieses oder jenes zu tun!“ Das fand er toll. Er war niemals alleine auf einer Pressekonferenz. Er versteckte sich dort. Kam mit den MinisterInnen und kommandierte sie herum. Im Falle Hogar Seguro bat er uns, dass wir alles tun müssten und er uns unterstützen würde.

War das ganze Kabinett unter der Fuchtel von Jimmy Morales?

Es gab einige Stimmen, die widersprachen oder wenig erfreut waren, etwa die Arbeitsministerin und manchmal auch der Finanzminister, der ehemalige Innenminister (Francisco Rivas) und ich. Wir waren die, die in Kabinettsitzungen ein wenig nachgefragt haben. Manchmal haben wir ihm gesagt: „Herr Präsident, nichts für ungut, aber dieses Gremium heisst Ministerrat, sie müssen sich auch von uns beraten lassen.“ Da gab es einmal einen Ausnahmezustand [wegen *Landkonflikten in Tajumulco, Sam Marcos, d. Red.*], den ich nicht unterzeichnen wollte. Er war dann nicht nötig, aber ich wollte das nicht unterzeichnen. Das sagte ich ihm. (...) Die sahen mich alle an und schliesslich reagierte der Präsident so: „Frau Gesundheitsministerin, mir wurde mitgeteilt, dass Sie nicht unterzeichnen wollen“ - sagte er vor allen Leuten. „Aus welchem Grund?“ - „Aus diesen und jenen Gründen.“ Er sagte: „Mmm, ich kann sie nicht zwingen, aber denken Sie darüber nach.“ Die anderen MinisterInnen fragten die Arbeitsministerin und mich, warum wir dem Präsidenten nicht ohne Einschränkung unterstützen würden. Das gehe ja gar nicht! Sie sagten: „Diese Ministerinnen wollen Sie nicht unterstützen, Herr Präsident, merken Sie sich das!“ (...) (Nómada)

Warum die Unternehmensverbände CICIG nicht unterstützen ...

Guatemala, 21 Sept. - Fast alle politischen AkteurInnen verurteilen den Pakt der Korrupten und die Politik von Jimmy Morales gegen die CICIG und das Urteil des Verfassungsgerichts. Na ja, nicht ganz alle. Die Unternehmensverbände innerhalb der CACIF sind recht ruhig geblieben, haben die Handlungen des Präsidenten gerechtfertigt oder den Marsch vom 20. September in Frage gestellt. Die folgende Liste erklärt, warum dies so ist. Und auch, warum es Unsinn ist zu glauben, die CICIG wäre unternehmerInnenfeindlich.

Diese Haltungen der Unternehmenskammern hat mit der hohen Anzahl von schwerwiegenden Anklagen von Seiten von CICIG und MP gegen diese Gruppe zu tun. Dabei handelt es sich nur um 10 % aller Fälle, in denen die CICIG in den letzten vier Jahren ermittelt hat.

Die Liste der UnternehmerInnen, die von MP und CICIG angeklagt worden sind, begann im Mai 2015 mit der Verhaftung von Max Quirín, dem ehemaligen Präsidenten von Anacafé, im Zusammenhang mit dem Skandal um die Sozial-

versicherungsbehörde (IGSS) und dem dubiosen Unternehmen Pisa. Quirín, der Direktor der Sozialversicherung war, wurde gemeinsam mit 16 weiteren Personen beschuldigt, nichts dagegen getan zu haben, dass gegen ein Bestechungsgeld von 18 Mio. Quetzales (2 Mio. Euro) ein Kontrakt für Dialysegeräte mit einer Postkastenfirma geschlossen wurde. Das Management wurde nicht beschuldigt, selbst Geld bei diesem Geschäft erhalten zu haben, durch das 50 PatientInnen (*aufgrund fehlerhafter Medikamente, d.Red.*) ums Leben kamen. Aufgrund einer Verzögerungstaktik der Verteidigung einiger der Beschuldigten (z.B. dem ex-Militär Juan de Dios Rodríguez) und weil der vorherige Richter, der den Fall bearbeitete, in der allerletzten Anhörung verhinderte, dass ein Gerichtsverfahren eröffnet wurde, ist der Fall drei Jahre später noch immer offen. Die VerteidigerInnen von Quirín gingen rechtlich gegen die drei Jahre währende Untersuchungshaft vor, da die Höchststrafe im Falle einer Verurteilung nicht mehr als die drei Jahre wäre.

2016 wurden Dutzende UnternehmerInnen verhaftet, denen die illegale Finanzierung der Patriotischen Partei (PP) unter Roxana Baletti im Jahr 2011 vorgeworfen wurde. Diese Liste führt der ex-Präsident der Kammer der Bauindustrie, Eduardo Mayorga, an und enthält auch die Namen prominenter Mitglieder der Finanzkammer. Beschuldigt wurde auch Geschäftsführer des Mobilfunk- und Telefonanbieter Claro oder der Bergbaugesellschaft Montana Exploradora. Diese Unternehmen sind mit den entsprechenden Verbandsgremien für Telekommunikation und Bergbau verbunden. Es ging 2017 weiter mit Baukonzernen, die zwischen 2012 und 2013 den ex-Minister, Alejandro Sinibaldi, bestochen hatten. (...) Im August 2018 gab es im Zusammenhang mit dem Fall Bauwesen und Korruption 2 eine erste Untersuchung über illegale Wahlkampffinanzierung. In der ersten Phase dieses Falles erklärten sich neun UnternehmerInnen für schuldig und wurden zu fünf Jahren Haft und einer Geldstrafe in Höhe zwischen 100.000 und 500.000 Quetzales (11.000 bis 55.000 Euro) verurteilt. Darunter waren Álvaro Mayorga, José Luis Agüero, Rafael Ángel Díaz Fion, Juan Luis Tejada Argueta, Allen Robert Krebs Wickfors und Pedro Luis Rocco Arrivillaga.

2018 wurde auch die illegale Wahlkampffinanzierung für Jimmy Morales und die FCN für die Wahl 2015 untersucht. Zu den beschuldigten GrossunternehmerInnen gehören Felipe Bosch, Stefano Olivero, Guillermo Castillo, José Miguel Torrebiarte, Fraternal Vila und Salvador Paiz. Sie repräsentieren die wichtigsten Unternehmen des Landes und waren im Vorstand der Fundesa, einem Think Tank des privaten Sektors. Alle entschuldigten sich öffentlich für den illegalen Wahlkampf, nur Salvador Paiz widersprach den Anschuldigungen von MP und CICIG in den Anhörungen.

Die Fälle sind nicht auf illegale Wahlkampffinanzierung beschränkt

Ein anderer beschuldigter Unternehmer ist Luis Fernando Leal, Vorstandsvorsitzender der Grupo Magdalena und führendes Mitglied der Vereinigung der guatemaltekischen Zuckerwirtschaft (Asazgua). Er wurde am Morgen des 25. Januar verhaftet. MP und CICIG werfen ihm Bestechungsgelder als Gegenleistung für Steuererleichterungen vor. Aus den selben Gründen wurden auch Hugo Alberto und Juan Milton Molina Botrán verhaftet, die die grösste Palmölfirma des Landes, REPSA (Teil der Grupo HAME), vertraten und denen der Prozess gemacht wurde. Laut Staatsanwaltschaft zahlten sie Gelder an den ehemaligen Kandidaten der UNE für das Amt des Vizepräsidenten, Mario Leal Castillo und den Geschäftsführer Giovanni Marroquín, um die Steuerbehörde SAT zur Gewährung staatlicher Kredite zu bewegen. Das Prinzip war, Bewilligungen zu erreichen, die den Anschein von legalem Handeln vermitteln sollten. Diese grosse Anzahl von Korruptionsfällen hat die Zahl der kritischen Stimmen innerhalb des CACIF ansteigen lassen. So zeigte sich die Direktorin der Landwirtschaftskammer, Carla Caballeros, 2016 erfreut über die Ermittlungsverfahren in Korruptionsfällen im Baugewerbe.

Die Liste der beschuldigten Nicht-UnternehmerInnen

Die Liste der von MP und der CICIG Beschuldigten ist nicht auf UnternehmerInnen begrenzt. Unter den 650 Beschuldigten finden sich hohe Regierungsfunktionäre der Patriotischen Partei, der Partei LIDER von Manuel Baldizón, das gesamte Kabinett von Álvaro Colom (UNE), Angestellte der Stadtverwaltung unter dem kürzlich verstorbenen Oberbürgermeister von Guatemala Stadt, Álvaro Arzú (Unionista), aber auch ParteiführerInnen jener Parteien, die eine Präsidentschaftskandidatin Thelma Aldana (Gemeinsam für Guatemala, EG, und Semilla) unterstützen könnten, RichterInnen, Militärs, MedienunternehmerInnen, AnwältInnen und all jene BürgerInnen, die von dem System der Korruption und Straffreiheit profitierten.

Iván Velásquez, der seit 2014 die CICIG leitet, hat die Strategie der Kommission so neu ausgerichtet, dass nicht nur die Parallelstrukturen, die die Straffreiheit produzierten, angegriffen werden, sondern auch die, die diese Strukturen finanziert haben (z.B. RichterInnen gekauft haben oder Strukturen, die eine unabhängige Justiz verhinderten). Sie fand zwei hauptsächliche Quellen in diesem Zusammenhang: der Zollbetrug (*La Línea, d.Red.*) und die illegale Wahlkampffinanzierung. (*Nómada*)

Morales greift CICIG in der UN-Generalversammlung an ...

New York, 25. September – Präsident Jimmy Morales kritisierte in seiner Rede vor der 73. Generalversammlung der Vereinten Nationen in scharfen Worten die CICIG: Er warf ihr vor, „ein Terrorsystem“ im Land eingerichtet zu haben und forderte öffentlich von UN-Generalsekretär António Guterres neue Verhandlungen über die Aufgaben der Instanz, einen neue/n Leiter zu benennen und technische Kapazitäten, die die festgelegten Befugnisse des Übereinkommens überstiegen, an andere inländische Instanzen zu übergeben.

Er begann seine Ausführungen mit den Worten: „Mit erhobenem Haupt kann ich Ihnen sagen, dass es gegen niemanden in unserer Regierung Vorwürfe wegen Korruption gibt. Ich stehe an der Spitze des Kampfes gegen Korruption, für transparente Verwaltung und Rechnungslegung.“ Es sei notwendig, die Souveränität eines jeden Landes zu respektieren. Niemand dürfe eine globale bürokratische Agenda errichten, die PräsidentInnen vorschreibe, wie ein Land zu führen sei.

Der Präsident bezog sich auch auf den bewaffneten Konflikt in seinem Land und sagte, dass es nicht einfach sei, den Frieden zu konsolidieren. Die schweren Lasten des internen Konfliktes schwächten die Institutionen des Landes. Guatemala sei das einzige Land gewesen, das ein Abkommen mit dem UN-Sekretariat unterzeichnet habe, um eine CICIG im Land zu etablieren – zunächst für zwei Jahre.

Laut dem Regierungschef sei diese Initiative sehr wertvoll für den guatemalteckischen Staat gewesen, weswegen einer Verlängerung um fünf Jahre zugestimmt wurde. Mit Blick auf die drei Leiter der CICIG sprach er von „Licht und Schatten“. Als souveräner Staat wolle er jedoch keine weitere Verlängerung des Mandats. (...)

“Der Staat bedankt sich für die technische Hilfe, die uns die CICIG gebracht hat und ihren Beitrag zu einer Kultur der Transparenz, des Kampfes gegen Straffreiheit und besonders des Kampfes gegen die Korruption.“

Der Präsident sagte weiterhin, dass es angemessen war, dass der Generalsekretär der UN die internationale Gemeinschaft über die Verwendung der Mittel der Kommission informiert.

Morales begründete die Nicht-Verlängerung des Mandats der CICIG damit, dass diese „die Verfassung unsere Gesetze und das Abkommen zu ihrer Gründung verletzt, ihr Mandat überschreitet, die Justiz manipuliert, das Prinzip der Unschuldsvermutung und das Prozessrecht verletzt.“ Der kolumbianische Leiter, Iván Velásquez, habe sich in innere Angelegenheiten des Landes eingemischt, die Justiz politisiert und die Politik vor Gericht gezerrt - all das habe die guatemalteckische Gesellschaft polarisiert und eine Atmosphäre der Instabilität geschaffen.

Seit einigen Jahren habe es – so Morales weiter – auf nationaler wie internationaler Ebene immer mehr Fragen bezüglich der Arbeit der CICIG gegeben, die sich insbesondere an dem Fall der Verfolgung der russischen Familie Bitkov entzündet habe. [*Bitkov wird von konservativen Kräften als ein russischer Dissident beschrieben, der in Guatemala Asyl gesucht habe, aber auf Betreiben von CICIG auf Bitten einer Putin-nahen Bank wegen Erstellung falscher Papiere zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurde. Laut CICIG ist Bitkov Teil einer kriminellen Struktur innerhalb der dem Innenministerium zugeordneten Migrationsbehörde. Sie wurde laut Nómada von dem Gewerkschafter Fidel Pacheco angezeigt, der 2010 ermordet wurde. Damals in leitender Position war der aktuelle Innenminister, Degenhart. d.Red.*].

Der Präsident argumentierte weiter, dass der sog. Helsinki-Ausschuss im US-Senat CICIG-Verantwortliche um Abrechnungen gebeten habe, die Kommission sich allerdings mehrfach geweigert habe, dies zu tun. Diese negative Haltung zu einer offenen Rechnungslegung widerspreche dem Geist einer Kommission gegen Straffreiheit.

Morales kritisierte die „Indifferenz und Passivität“ des UN-Generalsekretärs, dem er seit einem Jahr persönlich und über offizielle Kanäle die Bedenken der guatemalteckischen Regierung gegenüber der CICIG unterbreitet habe. Er benannte als Problem den Missbrauch der Untersuchungshaft, die exzessive Gewalt und den Machtmissbrauch, die das Volk bald „schwarze Donnerstag“ genannt habe angesichts der Dutzendfachen bewaffneten PolizistInnen. Er verwies auch auf die Razzia im Präsidentenpalast, wo – nach Versicherung von Morales - Personen der CICIG und der UN teilgenommen hätten. Er benannte auch den Fall Pavorreal (*gemeint ist das Untersuchungsgefängnis Pavo Real, d.Red.*) und bedauerte den Tod von fünf Personen, die im Kontext der (übersteigerten) Untersuchungshaft gestorben seien.

“Fassen wir zusammen: Die CICIG ist eine Gefahr für den Frieden im Land geworden. Sie hat ein Terrorsystem errichtet. Ein System, in dem der, der anders denkt, verfolgt wird, gegen den ermittelt wird, der zu einer KronzeugInnenschaft getrieben wird, um geringere Strafen zu erhalten.“

Das Ideal der CICIG habe sich leider im Rahmen der UN-Bürokratie verflüchtigt und sei zu einem Personenkult gekommen. Schliesslich forderte Morales den Generalsekretär der UN auf, eine/n neue/n LeiterIn der CICIG zu ernennen, um die Kompetenzen auf die guatemalteckischen Instanzen übertragen zu können.

Antwort von Thelma Aldana: „Hören Sie auf zu lügen und beugen Sie sich der Justiz, Herr Jimmy Morales!“

„Mit Erstaunen habe ich die Art und Weise vernommen, mit der sie alle Mitgliedsstaaten der UN auf der 73. Generalversammlung belogen haben. Sie, die den Wahlkampflogan „Weder korrupt noch ein Räuber“ benutzt hatten, tischen hier Lügen auf, die uns in der grossen Mehrheit beschämen und die am Ende jede/n GuatemalteckIn bestraft. In unserem Land, das sage ich hier und jetzt in aller Öffentlichkeit, waren Sie kein Mitstreiter im Kampf gegen die Korruption. Im Gegenteil, Sie haben politische Entscheidungen getroffen, die Interessen schützten, die ihre eigenen war.

Herr Morales, Ihre Angriffe gegenüber der CICIG und gegen deren Leiter, Iván Velásquez, haben ihren Grund in einem persönlichen Interessenkonflikt und die Anträge auf ein Ermittlungsverfahren gegen Ihre Person. Es ist Zeit, Priorität auf die Interessen des Landes zu legen und der Justiz mit Wertschätzung gegenüber zu treten.

Wir GuatemalteckInnen wollen Frieden und Gerechtigkeit, aber auch Entwicklung und Versöhnung. Das wird unmöglich werden, wenn jener, der die „nationale Einheit“ repräsentiert, bereit ist, die sozialen und wirtschaftlichen Kosten zu ignorieren, die es bedeutet, wenn der Staat für persönliche Eigeninteresse genutzt wird. Guatemala verdient nicht ein Verhalten, wie Sie es an den Tag legen. Wir verdienen es, die Fortschritte im Kampf gegen Korruption und Straffreiheit fortführen zu können, die uns zu besseren Lebensbedingungen für all jene GuatemalteckInnen bringen wird, die der Lügen und des Opportunismus müde sind. Hören Sie auf zu lügen und beugen Sie sich der Justiz, Herr Morales!“

(La Hora)

... und CICIG-Leiter Velásquez und Thelma Aldana erhalten den „Alternativen Nobelpreis“

Stockholm, 24. Sept. - Der Right Livelihood Award – auch „Alternativer Nobelpreis“ genannt - geht 2018 nach Guatemala, Niger, Australien und Saudi-Arabien. Die bahnbrechende Arbeit der Preisträger gebe enorme Hoffnung und verdiene die höchste internationale Aufmerksamkeit, erklärte Jacob von Uexküll, der Stifter des Preises.

Den undotierten Ehrenpreis erhalten die JuristInnen Thelma Aldana und Ivan Velásquez, weil sie in Guatemala Machtmissbrauch aufdecken und Korruption verfolgen. Velásquez leitet die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit der Vereinten Nationen (CICIG), Aldana war bis zum Frühjahr Generalstaatsanwältin in dem zentralamerikanischen Land und stiess zusammen mit Velásquez Ermittlungen gegen den inzwischen inhaftierten Ex-Präsidenten Otto Pérez Molina an. CICIG ist seit 2006 damit beauftragt, Schwerverbrechen in Guatemala zu verfolgen. In dem Land (..) haben Aldana und Velásquez neue Standards bei der Beschreibung von Rechtswegen gesetzt. Aufgrund ihrer unermüdlichen Arbeit konnten bis zu diesem Tag mehr als 60 kriminelle Organisationen ausfindig gemacht werden. Es gab mehr als 300 Verurteilungen und 34 Gesetzesreformen zur Bekämpfung der Korruption. Dass die beiden auch vor ganz großen Fischen nicht zurückschreckten, hat die Verhaftung des damaligen Präsidenten Otto Pérez Molina und seiner Stellvertreterin Roxanna Baldetti im Herbst 2015 gezeigt. Die Aufhebung der Immunität war ein Novum in der Geschichte des mittelamerikanischen Landes.

Das Komitee zeichnete sie "für ihren erfindungsreichen Ansatz, Machtmissbrauch aufzudecken, Korruption zu verfolgen und dadurch das Vertrauen der Öffentlichkeit in öffentliche Institutionen wiederherzustellen" aus. "Dieser Preis kommt zu einem besonders dramatischen Zeitpunkt im Kampf gegen Straflosigkeit und Korruption", erklärte Velásquez. Guatemala verweigert ihm derzeit die Einreise, nachdem er Mitte August eine Aufhebung der Immunität von Präsident Jimmy Morales für ein Strafverfahren wegen illegaler Wahlkampffinanzierung gefordert hatte. CICIG bemängelte, dass die Herkunft von rund 600.000 US-Dollar für die Wahl von 2015 unbekannt sei. Von Uexküll betonte, die von Aldana und Velásquez geleistete Arbeit sei einzigartig. "Wir fordern Präsident Jimmy Morales auf, diese guatemaltekische Erfolgsgeschichte nicht zu beenden." (N-TV; Deutsche Welle)

Die Übergabe findet am 23. November in Stockholm statt. Weitere Stationen für die beiden werden öffentliche Veranstaltungen und Treffen in Genf, Zürich und Berlin sein.

Die ex-Leiterin der MP, Aldana erklärte, dass diese Preisverleihung an sie zugleich den Kampf des guatemaltekischen Volkes gegen die Korruption und Straffreiheit und den Aufbau einer wirklichen Demokratie anerkenne: „Der Preis für richtige Lebensführung ist eine Anerkennung für den Kampf des guatemaltekischen Volkes gegen die Korruption und dafür, dass es möglich ist, die kriminellen Handlungen zu bekämpfen. Der Aufbau einer wahrhaftigen Demokratie in Guatemala ist nur durch ein gestärktes und unabhängiges Justizsystem möglich.“

Die beiden JuristInnen erhielten vergangene Woche aus denselben Gründen auch den Preis der US-Menschenrechtsorganisation WOLA. (LH)

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6